



Freitag, 16. Oktober 2015

Fluch der niedrigen Zinsen

Pensionslasten werden zur Zeitbombe

Als es noch höhere Zinsen gab, haben Unternehmen oftmals großzügigere Pensionszusagen gemacht. Das kann ihnen jetzt bei den andauernd niedrigen Zinsen zum Verhängnis werden. Künftig dürften immer weniger Arbeitnehmer feste Pensionszusagen bekommen.

Es sollten eigentlich paradiesische Zeiten für die Finanzchefs in den großen Unternehmen sein: Schulden machen und dafür kaum noch etwas bezahlen. Doch die historisch niedrigen Zinsen sind nicht nur ein Segen. Dort, wo es um die langfristige Anlage von Vermögen geht, sind sie nicht nur für Kleinsparer zu einem Fluch geworden. Zu einem Problem haben sich die Pensionsversprechen entwickelt, die die Konzerne ihren Mitarbeitern gemacht haben. Experten befürchten schlimme Folgen - bis hin zu Unternehmenspleiten. Die Politik ist alarmiert.

Die Zinsschmelze lässt die Pensionslasten sprunghaft steigen. "Je niedriger der Zins, desto höher die anzusetzenden Rückstellungen", erläutert der Rentenexperte Mark Walddörfer von der Beratungsfirma Longial. "Die Faustformel sagt: Sinkt das Zinsniveau um einen Prozentpunkt, müssen die Unternehmen ihre Pensionsrückstellungen um 20 Prozent erhöhen", ergänzt der Vorstandssprecher des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), Klaus-Peter Naumann. "Die steigenden Pensionslasten werden vielerorts zum Hemmschuh für Investitionen", sagt Volker Treier von Deutschen Industrie- und Handelskammertag. Das Risiko trifft weniger die Beschäftigten. Einmal gemachte Zusagen sind auch im Fall einer Insolvenz sicher, betonen die Fachleute. Denn dann springt in der Regel der von allen Mitgliedsunternehmen getragene Pensionssicherungsverein ein. Rückstellungen für Betriebsrenten sind ein Stück weit virtuell. Die Unternehmen halten das Geld nicht einfach auf dem Girokonto vor, sondern legen es an - oft in Betriebsvermögen wie den eigenen Fabriken.

"Ein Industriekonzern geht davon aus, dass er mehr Geld mit seinen Maschinen als durch Finanzanlagen verdienen kann", erläutert Naumann. Dennoch müssen sich die Rückstellungen am Zinsniveau orientieren. "Das kann also dazu führen, dass die Unternehmen in ihrer Bilanz eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage darstellen müssen, obwohl es de facto keine Veränderung gibt und die Geschäfte gut laufen."

Insolvenz wegen Pensionslasten

Die niedrigen Zinsen ließen die Pensionsverpflichtungen allein der Dax-Konzerne laut der Beratungsgesellschaft Towers Watson 2014 um ein Viertel auf 372 Milliarden Euro steigen. Die größten Probleme gibt es oft bei Traditionsunternehmen, die ihren Mitarbeitern üppige Versprechungen gemacht haben. So musste ThyssenKrupp seine Pensionsrückstellungen in der ersten Hälfte des gerade abgelaufenen Geschäftsjahres um fast 1,2 Milliarden Euro erhöhen. Das ließ das Eigenkapital bei dem hoch verschuldeten Unternehmen deutlich schmelzen. Der Strumpfhersteller Kunert meldete wegen seiner Pensionslasten schon 2013 Insolvenz an. Während die nach internationalen Regeln bilanzierenden Dax-Konzerne die herben Zinssenkungen schon größtenteils in die Bilanzen eingearbeitet haben, kommt das dicke Ende auf die meisten Mittelständler noch zu. Sie bilanzieren nach deutschem HGB-Recht. Um Stichtagsschwankungen zu vermeiden, müssen sie bei der Berechnung ihrer Rückstellungen den durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre anwenden. Die Folge: Der Zinsverfall schlägt sich erst mit Verzögerung nieder. Sofern der Gesetzgeber nicht gegensteuert, rechnet das IDW in diesem Jahr mit einem Rückgang des Rechnungszinses von 4,5 auf 3,9 Prozent.

Der Zeitraum von sieben Jahren wurde erst 2009 ins Handelsgesetzbuch (HGB) aufgenommen - denn das war der übliche Rahmen für einen Zinszyklus. Dieser hat sich aber mit der neuen Geldpolitik der Notenbanken verschoben. Der Bundestag hat die Bundesregierung bereits aufgefordert, den Bezugsrahmen zu erweitern. "Um einen nachhaltigen Glättungseffekt zu erreichen, sollte der Rahmen auf 15 Jahre erweitert werden", sagt Naumann.

Das Problem mildern könnten auch die Unternehmen, in dem sie künftig keine konkreten Leistungen mehr für ihre Pensionäre versprechen, sondern lediglich zusagen, einen bestimmten Betrag pro Monat in Vorsorgekassen einzuzahlen. Dann wandert das Risiko der Wertentwicklung zum Mitarbeiter. Unternehmensberater Thomas Jasper von Towers Watson hält das für vertretbar: "Ein sehr großes kurzfristiges Risiko für ein Unternehmen wird durch die Umstellung auf kapitalmarktorientierte Zusagen zu einem langfristig kleinen Risiko für Arbeitnehmer."

Doch eine solche Umstellung birgt Konflikte, die auch Menschen außerhalb der Unternehmen zu spüren bekommen. So will die Lufthansa schon länger weg von festen Pensionszusagen. Die seit 2014 grassierenden Streiks der Piloten richten sich auch gegen diese Verlagerung der Risiken auf die Mitarbeiter.

Quelle: n-tv.de